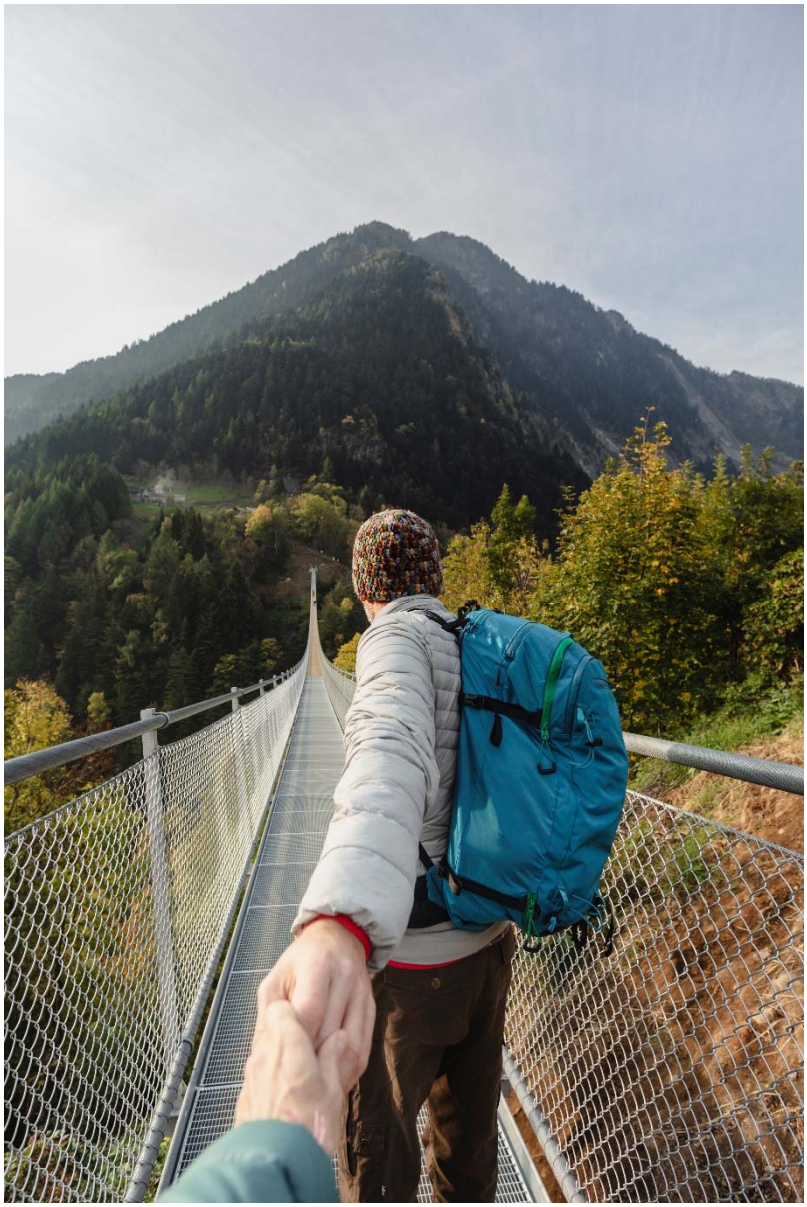
WALDPOLITIK BLICKWINKEL NO.1/2020

# EUROPÄISCHE WALDPOLITIK NACH 2020



UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR, EUROPÄISCHES FORSTINSTITUT, WIEN

# 1. Einleitung: eine neue Ära für die Waldpolitik

Das Jahr 2020 ist der Beginn einer neuen Ära, sowohl in der Vorausschau als auch der Nachschau.

Die Covid-19 Pandemie veränderte die menschliche Gesellschaft und Wirtschaft, wie es keine Prognosen vorhersehen konnten. Die Folgen sind noch unüberschaubar, neben den Einschnitten, die natürlich auch den Wald- und Holzsektor massiv betreffen, zeichnet sich auch ab, dass einige Zukunftstrends durch Covid-19 beschleunigt werden. Eine simple Rückkehr zum Status quo ante erscheint nicht sehr wahrscheinlich, die Veränderung der Arbeitswelt, des Konsumverhaltens und der Kommunikation durch die Digitalisierung ist das sichtbarste Beispiel.

Auch ohne die Auswirkungen der Pandemie war absehbar, dass 2020 ein Jahr der Weichenstellungen sein würde, auch und besonders für Wald und waldrelevante Politiken für die kommenden Jahrzehnte. Wir kommen aus einer Dekade, die viel auf 2020 abgezielt hat, sei es im Klimabereich, in den Bioenergiezielen, in Wald- und Biodiversitätsstrategien. Durch diese Bündelung stehen wir vor einer weitreichenden strategischen Erneuerung im Bereich Waldpolitik.

Der European Green Deal der Kommission van der Leyen ist der sichtbarste Ausdruck dieser Neuausrichtung. Er wird allgemein als potenzieller `game changer´ für die zukünftige Waldpolitik gesehen, wir werden später darauf genauer eingehen.

Eines ist klar: der Wald als größte natürliche Ressource in Europa wird hoch auf der politischen Agenda stehen in den kommenden Jahren, wenn auch nicht aus einer zentralen EU-Kompetenz heraus, sondern als Objekt vielfältiger Erwartungen.

Die Rolle des Waldes in einer post-fossilen Welt wird vielfältig sein. Der Wald ist Quelle nachhaltiger Rohstoffe und anderer Ökosystemleistungen in einer immer stärker urbanisierten Welt, die für Einkommen in ländlichen Gebieten sorgen und regionale Wertschöpfungsketten ermöglichen. Der Wald ist aber auch Ziel vieler Überlegungen hinsichtlich Klimawandel und Biodiversität, die große Schwerpunkte der neuen EU-Politik darstellen werden.

Aus der Vielzahl der damit verbundenen sektoralen Politiken ergeben sich gewöhnlich Widersprüche bezüglich der Prioritäten und Zieldimensionen. Bisher war Waldpolitik oft dadurch gekennzeichnet, dass sie fragmentiert und wenig kohärent war, gleichwohl Zielkonflikte wenig adressiert waren. Ein Beispiel: die Forcierung einer Bioökonomie mit Substituierung fossiler durch nachwachsende Stoffe lässt sich ohne Abwägungsprozess nur schwierig mit Extensivierungsszenarien im Zuge des Klima- und Biodiversitätsschutz in Einklang bringen. Solch neue Politikansätze wird es brauchen, um die Ansprüche und Erwartungen an den Wald fair und balanciert auszuverhandeln.

Wagen wir also einen Blick in die Rahmenbedingungen und Mechanismen der Waldpolitik im Folgenden.

## 2. Megatrends verändern die Welt

Wenn wir Politik und Governance u.a. als Steuerung einer gesellschaftlichen Entwicklung sehen, heißt es, Lehren aus der Vergangenheit mit Antizipation über zukünftige Trends zu verbinden. Unsere heutige Welt verändert mit beispielloser Geschwindigkeit, sowohl die ökologische als auch die soziale Umwelt. Phänomene wie der Klimawandel und die damit verbundenen, sehr kurzfristigen flächigen Waldschäden durch Dürre und Borkenkäfer in Mitteleuropa sind ein eindringliches Beispiel dafür.



Um die Politik – mit Schwerpunkt Wald – und die zukünftigen Anforderungen an sie in einen breiteren Kontext zu stellen, wollen wir einen kurzen Blick auf die kommenden Megatrends werfen und deren potenzielle Auswirkungen auf den Wald-Holzsektor.

### Gesellschaft und Demographie

Beinahe 75% der Bevölkerung in Europa leben in Städten oder stadtähnlichen Siedlungen. Die fortschreitende Urbanisierung ändert Lebensstil und –praktiken, und führt zu einem veränderten Konsumverhalten und Bezug zur Natur. Darauf kann ein schwelender Konflikt zurückgeführt werden, dass zwar die ländliche Bevölkerung mit und vom Wald lebt, die städtische ob ihrer Mehrheit aber bestimmt, was mit dem Wald geschehen soll.

Gesellschaftliche Änderungen führen zu Änderungen im Wertesystem. Laut einer Umfrage der Europäischen Kommission ist für einen Großteil der EU-Bürgern Naturschutz eine Priorität, auch in Bezug auf die zukünftige Waldnutzung.

Die Folgen der Urbanisierung betreffen aber auch eine Ausdünnung des ländlichen Raumes mit strukturellen Konsequenzen für den Wald-Holzsektor.

Ein weiterer Aspekt ist die zunehmende Überalterung der europäischen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang werden nicht-materielle Leistungen des Waldes in den Vordergrund gerückt, sei es im Sinne von Erholung, Therapie oder Green Care im breiteren Sinne.

### Wirtschaftliche Trends

Als Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung haben Energieverbrauch und Müllaufkommen in der EU bis zuletzt zugenommen. Die vom Green Deal angestrebte Karbonneutralität bis 2050 wird massive Veränderung im Konsum- und Produktionsverhalten nach sich ziehen. Sicher ist, dass der Importbedarf der EU für Bioenergie und Bio-Materialien zunehmen wird. Dabei ist zu beachten, dass der Karbonfußabdruck der EU nicht auf andere Regionen der Welt abgewälzt und Entwaldung gefördert wird (z.B. Palmöl).

Die Landnutzung innerhalb der EU wird zunehmend Spannungen unterworfen sein. Erhöhte Nachfrage nach Ökosystemleistungen, nach Natur- und Klimaschutzmaßnahmen werden den Druck auf Wald als Ressource erhöhen, aber auch neue Marktchancen generieren. Besonders im Bereich der zirkularen Bioökonomie werden viele Möglichkeiten vorausgesagt. Kernpunkt wird sein, die Ressourceneffizienz zu erhöhen, da eine bloße Substitution fossiler Stoffe durch vermehrte Nutzung von Biomasse zu Konflikten führen kann. Smart products, die Einbeziehung von forest services und die effiziente Ausgestaltung von Logistikketten werden wesentliche Element einer solchen Bioökonomie sein.

Im Bereich des internationalen Handels hat sich die EU durch sein FLEGT-System und die EU Holzverordnung klar positioniert. Es gibt die Szenarien, dass dieses System durch die verstärkte Nachverfolgbarkeit von Holzlieferungen in einer digitalisierten und globalen Welt als role model dienen wird, oder dass bestimmte Marktteilnehmer auf Märkte mit schwächerer Kontrolle ausweichen. Tatsache ist, dass China ein wesentlicher Akteur im globalen Holzhandel ist und die EU ein wesentlicher Exporteur von Nadelholz nach China ist. Bilaterale Abkommen mit China zur Bekämpfung illegaler Holzströme werden von besonderer Bedeutung sein.

## Technologische Entwicklungen

Digitalisierung ist der wesentlichste Treiber für Veränderung in unserer Zeit. Auch im vielfach traditionell betrachteten Wald-Holzsektor wird Digitalisierung die Abläufe revolutionieren über Informationsplattformen zu Waldmanagement, Logistik, Holzversorgung und ökologische Parameter. Frontier technologies wie blockchain, remote sensing etc. werden zunehmend, auch im Zuge der Verfolgbarkeit von Holzströmen, zum permanenten Einsatz kommen. Der Kommunikationsbereich über digitale Medien wird vor allem für Unternehmen mit Produktdiversifizierung, Angebot von Dienstleistungen und innovativen Ansätzen essentiell für Business und Marketing sein.

Innovation gilt als eine der Hauptnotwendigkeiten in einem eher traditionellen Sektor. Noch immer zeigt sich, dass technologische und organisatorische Innovation wenig ausgeprägt ist im Vergleich zu anderen Sektoren. Die Bioökonomie kann hier eine wesentliche Rolle spielen: effizientere Wertschöpfungsketten, innovative, high-tech, high-performance Produkte aus Biomasse (z.B. innovativer Holzbau), zunehmende Angebote als service-provider und nicht zuletzt die Möglichkeiten sozialer Innovation, um jenseits der Technologie auch die Menschen rund um den Wald an Bord zu holen.

## Umwelttrends

Die Bekämpfung des Klimawandels ist einer der zentralen Treiber der künftigen Ausgestaltung der EU Wirtschaft. Karbonneutralität bis 2050 wird auf alle Sektoren Auswirkungen haben. Es ist wichtig zu beachten, dass die Rolle von Wäldern nicht nur in der Speicherung von Karbon in situ liegt, sondern auch in der Substitution von fossilen Materialien durch nachhaltige Rohstoffe. Die Abwägung dieser unterschiedlichen Zielsetzungen bedarf unbedingt wissenschaftlicher und politischer Debatte und

darf nicht auf dem Spielfeld ideologischer Kleinkämpfe geführt werden.

Dasselbe gilt für den Schutz der Biodiversität, der als wesentlicher Treiber in der gegenwärtigen EU-Waldpolitik gilt. Umweltthemen werden weiterhin bestimmend für die zukünftige Ausrichtung der EU-Waldpolitik bleiben. Es wird notwendig sein, Konzepte zu entwickeln, die demonstrieren, dass nachhaltige Waldbewirtschaftung Aspekte aus Nutzung und Schutz effektiv gewährleisten kann.

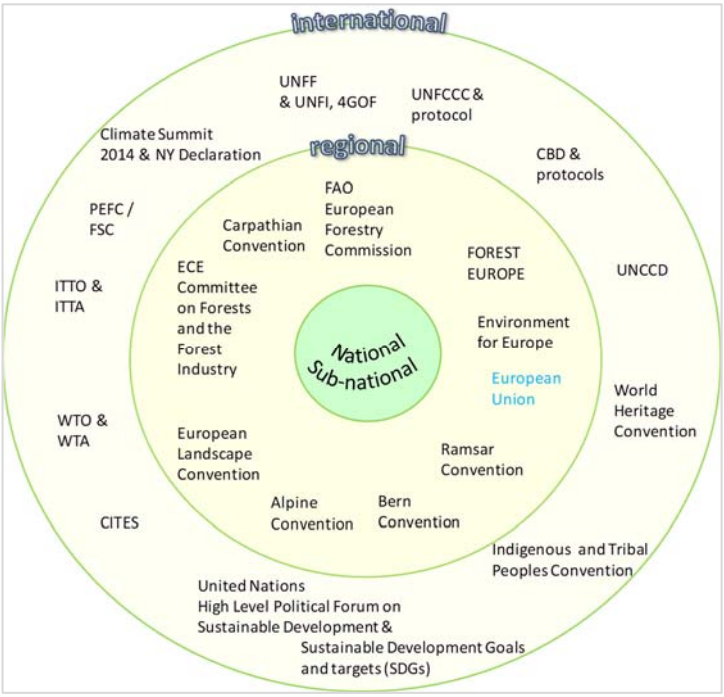
## 3. Waldpolitik auf vielen Ebenen

Wie bereits angedeutet, ist Waldpolitik eine vielschichtige Angelegenheit. Basierend auf dem Subsidiaritätsprinzip liegt Waldpolitik im nationalen Verantwortungsbereich. Darüber hinaus gibt es aber eine Vielzahl an EU- und internationalen Instrumenten, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Wald haben. Diese können forstspezifisch sein (z.B. Waldstrategie) oder auch aus anderen Sektoren kommen (z.B. Klimaziele).

Aichi-Vorgaben, die Grundlage für die EU Biodiversitätsstrategie 2011-2020 sind. Auch die Einrichtung des Natura 2000-Netzwerks folgt den Prinzipien und Zielen der CBD. In der Zwischenzeit sind 50% der Natura 2000 Flächen in den EU Mitgliedsstaaten bewaldet oder stehen in Zusammenhang mit Waldhabitaten oder –arten. Die Schutzziele zur Erhaltung der biologischen Vielfalt ergeben, dass ca. 25% der EU Waldfläche unter Schutz gestellt werden müssen.

### Globale Waldpolitik

Aus globaler Sicht betrachtet war die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio der Startschuss in eine neue Ära nachhaltiger Entwicklung auf politischer Ebene. Während die Einigung auf eine globale Waldkonvention scheiterte, wurden das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) und die UN Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eingeführt. Beide Konventionen haben eine bedeutende Rolle auch für europäische Wälder.




Die CBD hat den weltweiten Schutz der Biodiversität zum Ziel und wurde auch von Österreich ratifiziert. Ihr strategischer Plan 2011-2020 definiert 5 Ziele und die 20

Die Klimarahmenkonvention ist die zweite EU-waldrelevante Konvention. Deren Ziele wurden im Kyoto-Protokoll (2005) und später im Übereinkommen von Paris (2015) spezifiziert. Die Beachtung der Wälder in der Klimadiskussion hat im Laufe der Zeit zugenommen und führte zur Entwicklung von zwei Mechanismen, die für Wälder besonders relevant sind: LULUCF (Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft) gibt vor, wie Emissionen aus Landnutzung und Forstwirtschaft einbezogen werden. Dieser Zugang wurde in den klima- und energiepolitischen Rahmen der EU bis 2030 aufgenommen. Dieser Rahmen umfasst unter anderen Zielen die Reduktion der Treibhausgasemissionen um mind. 40% und eine Erhöhung der Energie aus erneuerbaren Quellen um mind. 32% bis 2030.

Der zweite Mechanismus nennt sich REDD+ und betrifft vor allem Entwicklungsländer im globalen Süden, denen Unterstützung im Kampf gegen Entwaldung und Degradation zukommen soll.

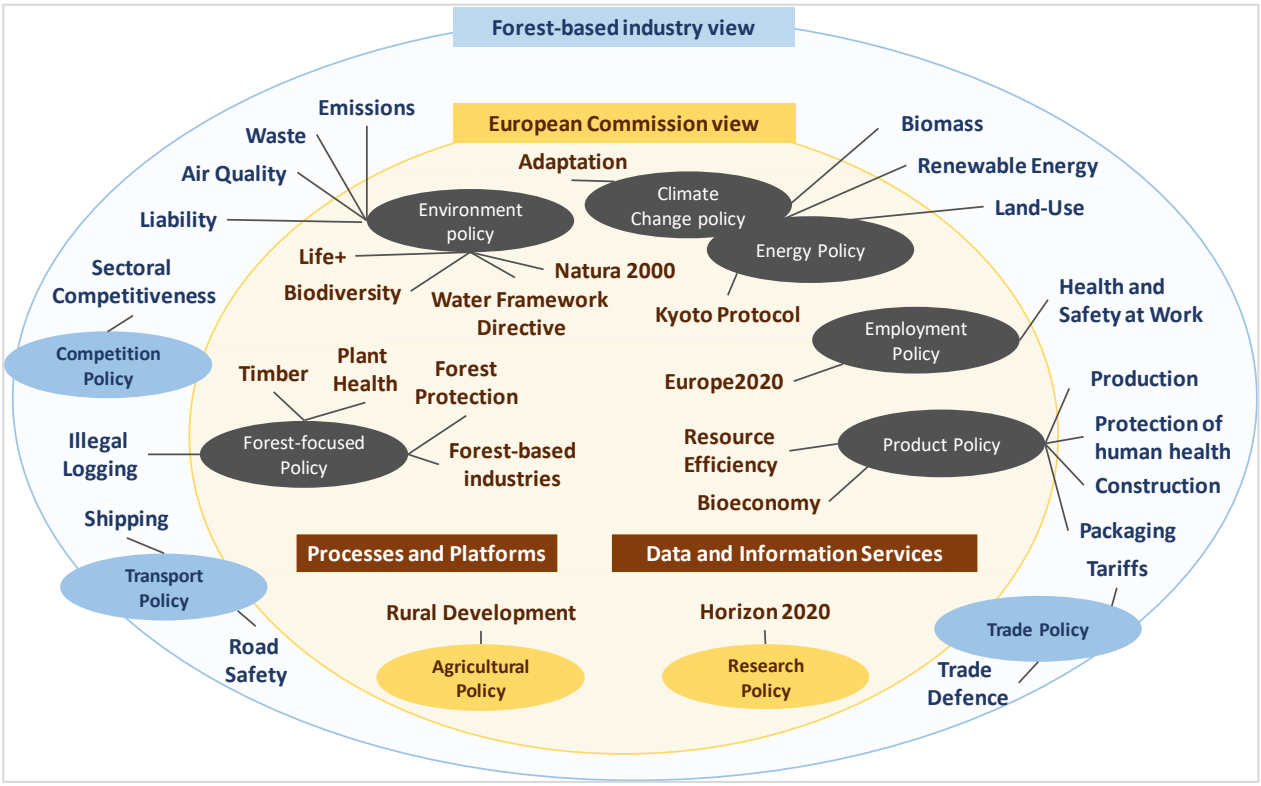
Aus einer Vielzahl anderer internationaler Instrumente und politischer Foren stechen die 2015 von allen UN-Mitgliedern angenommenen Sustainable Development Goals (SDGs) heraus, die eine Leitlinie für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung vorgeben. Für ihre Umsetzung wurden 26 Ziele entwickelt, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Wald ist explizit in Ziel 15 angesprochen („Life on Land“), hat aber Querbezüge zu vielen anderen Themen.

In der Reihe nicht-verbindlicher politischer Prozesse nimmt die Forstministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (FOREST EUROPE) eine besondere Rolle in der Waldpolitik ein. Der Prozess umfasst 46 Mitgliedsländer aus ganz Europa und wurde in 7 Konferenzen seit 1990 durchgeführt. Die 8. Konferenz wurde Covid-19 bedingt auf April 2021 in Bratislava verschoben. Die wichtigste Errungenschaft von FOREST EUROPE liegt in der Erarbeitung einer paneuropäischen Definition nachhaltiger Waldbewirtschaftung sowie damit verbunden einem harmonisierten Berichtswesen und gemeinsamen waldpolitischen Zielen und Arbeitsprogrammen. Das Ziel eines rechtlich verbindlichen Abkommens (LBA) zu Wäldern in Europa konnte indes nicht erzielt werden.

## Waldpolitik in der EU

Obwohl es keine explizite Kompetenz der EU zu Wald gibt, können wir aufgrund des komplexen Arrangements zumindest implizit von einer EU-Waldpolitik sprechen. Eine Studie zeigte 2018, dass 570 EU-Dokumente einen direkten oder indirekten Einfluss auf Wald und den Wald-Holzsektor aufweisen. Relevante Politiken reichen von Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, Umwelt, Klima, Energie bis zu Wettbewerb, Handel und Transport, und das besonders, wenn man den Blick vom Wald auf die gesamte Wertschöpfungskette ausweitet.

Wichtige waldrelevante Instrumente sind u.a. die neue EU-Biodiversitätsstrategie 2030, FFH und Vogelschutzrichtlinie inkl. Natura 2000 Fitnesscheck, die überarbeitete Richtlinie zu erneuerbaren Energien (RED II), das EU Klimapaket und die LULUCF Verordnung, die EU Bioökonomie-Strategie oder die EU Holzverordnung.



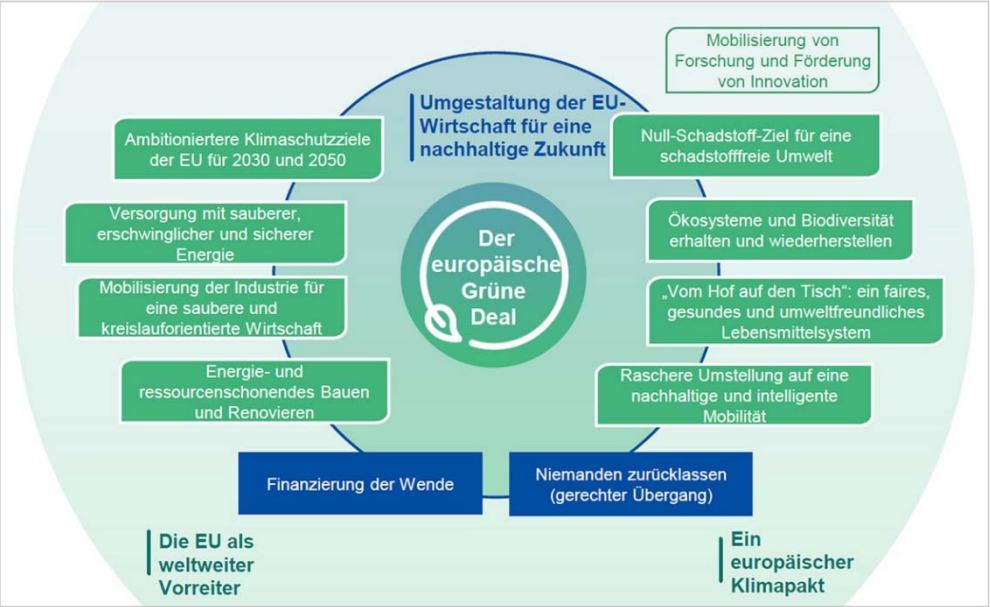

Die EU-Waldstrategie ist eines jener Instrumente, die eine sektorale Klammer über diesen Komplex bilden soll, sie erwies sich als bisher als eher zahnlos, auch weil sie rechtlich nicht verbindlich ist. Aus der fehlenden Kompetenz für Wald ergibt sich, dass der Markt für Waldprodukte wesentlich weniger stark reguliert ist als z.B. in der Landwirtschaft. Die Vielzahl an politischen Instrumenten für den Waldbereich wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit von widerstreitenden politischen Botschaften und Anreizen. Dazu gehören auch sehr stark sektorale politische Steuerungsmaßnahmen (z.B. Finanzierungsintrumente).

Ein Beispiel für dieses Dilemma sei am Thementriangel Klima- Bioenergie- Biodiversität dargestellt. Die Ziele zu Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie werden zu einem erhöhten Bedarf an Biomasse führen. Das wird Einfluss auf die Landnutzung in (Intensivierung der Nutzung) und außerhalb der EU (Importe, indirekte Landnutzungsänderung) haben. Auf der anderen Seite eröffnen die LULUCF Regeln für Karbon-Accounting Möglichkeiten zu Einbeziehung von Wäldern als Kohlenstoffsenke, d.h. ein Anreiz zur Nutzungsextensivierung. Gleichzeitig verlangen die Biodiversitätsziele verstärkte Extensivierung von Waldflächen in der EU. Während die beiden letzteren Ziele noch gedanklich vereinbar wären, führt die Kombination mit stärkerer Biomassenutzung zu Unwegbarkeiten in Bezug auf die künftige Waldbewirtschaftung in der EU und Unsicherheit unter den Waldbesitzern.

Der European Green Deal stellt das wegweisende Politikpaket für die Zeit nach 2020 dar und damit die Hoffnung auf eine stärkere Integration forstpolitischer Ziele in der EU.

Der Green Deal hat einen starken Fokus auf Klima- und Biodiversitätsschutz und stellt den Wald damit in ein neues Rampenlicht. Mit dieser steigenden Verantwortung nimmt auch die politische Bedeutung von Waldthemen zu. Dabei bleibt zu beachten, dass die gesamte Bandbreite nachhaltiger Waldbewirtschaftung nicht aus den Augen verloren wird.

Die Bedeutung des Waldes für Waldbesitzer und die Gesellschaft, die Rolle der Wertschöpfungskette für eine zirkulare Bioökonomie und innovative Forschung sind wesentliche Aspekte, die in der Umsetzung des Green Deals Widerklang finden müssen. Um die Widersprüche und Tradeoffs (d.h. Abtausch von Vor- und Nachteilen) lösen zu können, wird es neuer Governance-Konzepte bedürfen. Als erster Meilenstein wird die neue EU-Waldstrategie für 2021 erwartet, die direkt im Green Deal verankert ist.



## 4. Anknüpfungspunkte zu anderen Sektoren

Wir sehen die EU Waldpolitik also als fragmentiert und als Spielball unterschiedlicher Interessen. Auch der Aspekt übersektoraler Kooperation ist prävalent. Nicht nur aus Waldsicht stellt sich die Frage, wie diese Kooperation aussehen und ob sie nicht unabdingbar ist für bevorstehende Aufgaben wie den European Green Deal.



Tatsächlich zeigt sich, dass forstliche Expertise in der Europäischen Kommission und anderen Gremien mehr und mehr ausgedünnt ist. Das hat auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten, Waldaspekte in übersektoralen Gremien vertreten zu können, unabhängig von den strukturellen Hindernissen.

Im Zusammenhang mit anderen Bereichen wie Landwirtschaft, Bioenergie und Wasser zeigt sich, dass vor allem die vertikale Integration, d.h. die Beziehung zwischen EU und Mitgliedsstaaten in Politikfeldern bedeutend ist. In stark integrierten Bereichen wie in der Landwirtschaft führt das zu klaren Verantwortlichkeiten. Im Forstbereich könnte man dagegen bestenfalls von selektiver Integration sprechen, d.h. ausgewählte Themen werden forciert. Aliquot ist die Finanzierung zu betrachten. Die Förderungen der Forstmaßnahmen wurden im Rahmen des Programms für Ländliche Entwicklung abgewickelt und entsprachen nur einem geringen Anteil des Gesamtbudgets.

Von der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik kann man auch lernen, dass viele Schritte, auch zur Ökologisierung der Bewirtschaftung sehr inkrementell, d.h. in kleinsten Schritten vorgenommen wurden. Dadurch kam es zu sehr reduzierten Auswirkungen und Änderungen in der Art der Bewirtschaftung. Tatsächlich geht der Trend in Richtung stärkerer Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten in der Wahl ihrer Mittel im Rahmen eines gemeinschaftlichen Referenzwerkes.

Eine gemeinsame Lektion aus der Studie andere, stärkerer integrierter Sektoren bleibt:

- Es gibt keine radikalen Veränderungen in Politiken und Governance-Gefügen
- Auch mäßige Anpassungen werden nur im Falle außerordentlicher Ereignisse beobachtet
- Übersektorale Kooperation bleibt meistens symbolisch
- Politikintegration und die Einführung neuer Politikinstrumente bedarf in erster Linie politischer Leadership und Initiative von Einzelpersonen (idealerweise aus mehreren Sektoren, gut zu sehen am Beispiel Klimawandel)

## 5. Wege für die Waldpolitik

Nach Analyse der Notwendigkeiten und Ausgangslage stellt sich für die Waldpolitik die Frage, wie und ob sie konsistenter ausgerichtet werden, d.h. dass es zu einer stärkeren Integration zwischen Politiken und Politikinstrumenten kommt. Wir unterscheiden dabei die Ebene zwischen EU und Mitgliedsstaaten (vertikal) und zwischen verschiedenen Sektoren (horizontal).

Wir analysierten diese Ebenen in einem Matrixansatz, um die Auswirkungen von „mehr“ oder „weniger“ auf jeder dieser Ebenen verstehen zu können.



Wir starten mit der Hypothese, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt relativ wenig Integration in der Waldpolitik auf allen Ebenen herrscht.

Auf vertikaler Ebene ist der Waldbereich in nationaler Kompetenz, d.h. in vielen direkt waldpolitischen Themen hat die EU relativ weiche, vorwiegend strategische Instrumente. Das kann einerseits vorteilhaft sein, wenn man die forstpolitischen Prioritäten für ein Land selbst definieren und relevante Expertise und Ressourcen national bündeln will. Anderseits führt dies auch dazu, dass Forst-expertise in anderen waldrelevanten Politikbereichen zunehmend an Bedeutung verliert und eine bessere Koordination in komplexen Waldthemen auf EU-Ebene außer Reichweite bleibt.

Horizontale Integration zwischen den Sektoren ist gegenwärtig ebenfalls gering. Der Wald ist eines unter vielen Teilsegmenten in der Landwirtschafts-, Klima- und Umweltpolitik, die dem Waldsektor nur bedingt zugänglich sind. Der Waldsektor bleibt also eher in sich geschlossen. In dieser sektoralen Geschlossenheit ist es leichter, sektorale Positionen (z.B. Nachhaltige Waldbewirtschaftung als universale Lösung) zu finden und somit sein Kernklientel zu bedienen. Andererseits werden somit waldrelevante Themen und Politiken zunehmend außerhalb des Waldsektors besprochen, die Kernkompetenzen des Sektors sind nicht mehr ausreichend für multidimensionale Probleme.

Zwei dieser Wege sind also eigentlich business-as-usual Szenarien, in denen Waldpolitik im Wesentlichen so gehandhabt wird wie bisher. Dafür spricht, dass - wie wir gesehen haben- Änderungen in EU Politikfeldern meist nur sehr marginal ausfallen. Dagegen spricht, dass Waldthemen zunehmend von übersektoralen Interesse und oft bedeutender Urgenz sind. Das Primat des forstlichen Fachwissens ist damit wohl überholt (worden). Der European Green Deal weist bereits einige Elemente auf, die in Richtung stärkerer Integration zielen.

Zwei weitere Szenarien weisen stärkere Element der Integration in der Waldpolitik auf.

### Stärkere Integration zwischen der EU und Mitgliedsstaaten

Dieses Szenario impliziert eine stärkere Rolle der EU in der direkten Waldpolitik und eine starke Abstimmung einer gemeinsamen forstpolitischen Richtung zwischen EU und Mitgliedsstaaten. Zwei mögliche Wege in diese Richtung sind zurzeit unwahrscheinlich: die Schaffung einer eigenen Forstkompetenz in der EU und ein rechtlich verbindliches Abkommen (LBA) zu Wäldern in Europa. Alternativ wäre ein neues EU-Rahmenwerk für Wälder anzudenken, etwa mit einer Rahmenrichtlinie, die ein stärkeres Commitment der Mitgliedsstaaten zur gemeinsamen Umsetzung verlangt, gepaart mit einem eigenständigen Finanzierungspaket für gezielte, abgestimmte Maßnahmen in Wäldern.

Die Vorteile sind:

+ ein stärker harmonisierter Politikrahmen für Wälder in der EU
+ koordinierte, klare Ziele und Zielgrößen für das Waldmanagement
+ verbindlichere Maßnahmen für den Waldholzsektor

Die Nachteile sind:

– Zunahme von Macht- und Kompetenzkämpfen zwischen den Akteuren
– ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen im Zuge der Veränderung
– gemeinsame Prioritäten für Wälder quer über geographische Gradienten schwer erzielbar

### Stärkere Integration zwischen sektoralen Politiken

Dieses Szenario ist eine Reaktion auf die Tatsache, dass Wertschöpfungsketten im Waldholzsektor schon heute oft nicht mehr traditionellen Mustern folgen, sondern in Folge einer verstärkten Diversifizierung häufig übersektorale Verzahnungen aufweisen. Daneben sind die Anforderungen an den Wald zunehmend übersektoral (Klima, Biodiversität, Erholung). Dies würde zu multi-sektoralen, aber waldspezifischen Politikforen führen, auf denen übergeordnete und abgestimmte Ziele für die zukünftige Waldnutzung in der EU diskutiert und Zielkonflikte adressiert würden.

Die Vorteile sind:

+ proaktive Diskussion unterschiedlicher Visionen für zukünftige Waldnutzung
+ ein umfassender Ansatz über alle Ökosystemleistungen des Waldes hinweg
+ die Ermöglichung übersektoraler, sogenannter „high ambition“ Koalitionen, d.h. Gruppen von Staaten, die ein Thema vorantreiben wollen

Die Nachteile sind:

– Treiber und Richtung der Integration können unklar sein durch Veränderung der sektoralen Machtgefüge
– Ansätze, die Waldnutzung quer durch die EU top-down zu optimieren
– potenzielle Überregulierung des Forstsektors zur Umsetzung übergeordneter Ziele

In der Realität wird verstärkte Politikintegration aus einzelnen Bausteinen der skizzierten Szenarien bestehen.

# 6. Schlussfolgerungen

Basierend auf den Untersuchungen von Megatrends, politischer Rahmenbedingungen und des Konzepts der Politikintegration können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Für eine bessere Koordination in der EU Waldpolitik müssen die Ebenen der Integration zwischen EU und Mitgliedsstaaten sowie zwischen verschiedenen sektoralen waldrelevanten Politiken definiert und entwickelt werden.
- Der Wald-Holzsektor sollte proaktive übersektorale Initiativen setzen, um als strategischer Akteur in der Debatte um die zukünftige Rolle von Wäldern und Waldressourcen wahrgenommen zu werden.
- Die großen Herausforderungen in der EU Waldpolitik sind mit verschiedenen Politikfeldern in der EU verknüpft (z.B. Klima, Umwelt, Energie). Dies erfordert neue Mechanismen der Kooperation und der multi-level governance.
- Erfahrungen aus anderen EU-Sektoren zeigen, dass Politikintegration nur langsam und in kleinen Schritten vor sich geht. Es bedarf politischer Leadership, um aktive Waldpolitik zu einem Anliegen vieler zu machen.
- Der Wald-Holzsektor und seine Produktmärkte unterscheiden sich signifikant von hoch geförderten und regulierten Märkten wie in der EU Landwirtschaft. Eine verstärkte Integration von waldrelevanten Politiken würde daher weniger Ressourcen brauchen, aber einen gezielten Einsatz für die gesamte Bandbreite an Ökosystemleistungen des Waldes benötigen.
- Die Visionen zur zukünftigen Nutzung/Nichtnutzung der Wälder in der EU divergieren beträchtlich. Diese Konflikte sind ungelöst und werden nicht koordiniert diskutiert. Ohne eine Auflösung dieser Diskrepanz und Ansprache von Synergien und trade-offs von Waldnutzungsformen wird es zu keinen konsistenten waldpolitischen Lösungen kommen.
- Die Definition gemeinsamer, übersektoraler Schwerpunkte könnte ein erster Ansatzpunkt für eine stärkere Politikintegration sein. Für aktuelle Themen wie Klimawandel oder Biodiversität muss der Wald-Holzsektor sein Potenzial als lösungsorientierter Partner und die Möglichkeiten nachhaltiger Waldbewirtschaftung demonstrieren.
- Der European Green Deal enthält einzelne Element verstärkter Integration und bringt den Wald in eine zentrale Position in den Bereichen Klimawandel und Biodiversität. Es wird wichtig sein, ausreichend Ressourcen dafür bereitzustellen, aber auch die forstliche Expertise in den Arbeitsbereichen der EU wieder aufzuwerten. Es ist sicherzustellen, dass der Green Deal zu einer balancierten Lösung findet, die die Wirkungen des Waldes und die Rolle des Sektors in einer Bioökonomie ausreichend berücksichtigt.

Herausgegeben von:

EFI European Forest Policy Network

InFER –Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik der

Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

Feistmantelstraße 4, A-1180 Wien, Österreich

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bernhard Wolfslehner

Diese Publikation basiert auf einer Originalstudie des Europäischen Forstinstituts:

http://www.efi.int/sites/default/files/files/publication-bank/2020/efi_fstp_10_2020.pdf

Bilderquellen:

Titelseite: iStocks, mit erworbener Lizenz

European Green Deal: Bundeskanzleramt

Alle anderen Bilder: pixabay.com, lizenzfrei

Graphiken: Dr. Helga Pülzl und Dr. Filip Aggestam

Die Serie Waldpolitik Blickwinkel wird vom österreichischen Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus gefördert.

BOKU

E F I

Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus